

# 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

## Zur demokratischen Neugeburt unserer Universität DIE NEUERÖFFNUNG DER LEIPZIGER UNIVERSITÄT AM 5. JANUAR 1946

Von Uwe Feige, Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität

Am 5. Februar 1946 erschien die „Sächsische Volkszeitung“ mit der Schlagzeile „Volksuniversität Leipzig eröffnet“. Sie schrieb über die Neueröffnung der Leipziger Universität am 5. Februar: „An diesem Tage begann die Alma mater nach Jahren unsagbarer Schmach... sich ihrer Aufgabe wieder bewußt zu werden, eine Bildungsstätte wahrer Menschlichkeit und eine Lehranstalt der Wahrheit und des Fortschritts zu sein.“

### Initiatoren der Demokratisierung

Die entscheidenden Voraussetzungen für die Neueröffnung wurden durch den Kampf der Kommunisten und ihrer Verbündeten an der Universität und in der Öffentlichkeit für die weitgehende Demokratisierung des Lehrkörpers und der Studentenschaft geschaffen. Umfassend unterstützt durch die zuständigen sowjetischen Dienststellen, konzentrierten sich die treibenden Kräfte der 1. Hochschulreform in dieser Phase vor allem auf die Amtsenthebung unbeherrschbarer Exponenten der faschistischen Ideologie, Rektor Prof. Schweitzer, der sich diesen Bemühungen entgegenstellte und vorwiegend aktive Nazis zur „Sicherung der Lehrtätigkeit“ an der Universität zu halten, mußte dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit weichen und sein Amt zur Verfügung stellen. Die am 21. Januar erfolgte Wahl Prof. Dr. Hans-Georg Gadamer, des Direktors des Philosophischen Instituts, zum neuen Rektor änderte jedoch noch nichts am reaktionären Charakter der Universitätsleitung. Gadamer vertrat vor und nach der Neueröffnung der Universität mit feineren Mitteln praktisch die gleichen Ziele wie sein Vorgänger. Bezeichnend für die raffinierte Tätigkeit des neuen Rektors zur Hintertreibung der durchgreifenden Erneuerung der Universität und seine wirkungsvolle Demagogie war bereits seine Antrittsrede am 5. Februar 1946. In der er u. a. in großen Tönen die demokratische Erneuerung und das Arbeiterstudium bejahte. Dennoch konnte auch ein Rektor Gadamer nicht verhindern, daß die Alma mater lipsiensis neu- und nicht wieder-eröffnet wurde, daß die Erfüllung im Zeichen der Abkehr auch von der bürgerlichen Demokratie und grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen stand. Das neue Anliegen der Universität Leipzig, der erstmals die Arbeiterklasse und alle Werktätigen den gesellschaftlichen Auftrag gaben, drückte der Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD, Prof. Solotuchin, in seiner Ansprache zur Neueröffnung aus: „Wir nehmen an der feierlichen Wiedergeburt einer neuen Universität teil, deren Aufgabe darin besteht, neue Menschen zu schaffen, die fähig sind, einen entscheidenden und unveröhnlichen Kampf gegen die faschistischen Ideen, des Militarismus, der Rassenlehre und des Nazismus zu führen sowie jegliche Reaktion zu entlarven, in welcher Gestalt sie auch erscheinen mag.“ Von dem neuen Geist, der an der Universität Einzug halten muß, kündeten gleichfalls die Ausführungen des Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen, Prof. Dr. h. c. Friedriehs. Als aufrechter Demokrat forderte er eine grundsätzliche Neuorientierung in Forschung und Lehre, eine enge Verbindung von Wissenschaft und Volk sowie die Abschaffung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. Zugleich appellierte er an die Hochschullehrer, die neu-erstandene Universität zu einem Mittelpunkt für die demokratische Neugestaltung unseres Vaterlandes zu machen.“

Mehr als symbolischer Wert kommt der Tatsache zu, daß anlässlich ihrer Neueröffnung das erste Mal in der Geschichte der Leipziger Universität ein Arbeitervertreter auf einer akademischen Feier das Wort ergriff. Der Kommunist und antifaschistische Widerstandskämpfer Max Walther bekräftigte die Forderung der Arbeiterklasse, allen begabten Arbeiterkindern den Weg zur Universität zu ebnen und die Erziehung und Ausbildung der Arbeiterstudenten und der gesamten akademischen Jugend im Geiste der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts zu gewährleisten.

Gemäß dem Befehl Nr. 12 der SMAD vom 15. Januar 1946 nahmen am 5. Februar die Philosophische, Medizinische, Veterinärmedizinische, Theologische, Finanzwirtschaftliche und Juristische Fakultät den Lehr- und Studienbetrieb auf.

Obwohl seit dem Einzug der sowjetischen Truppen in Leipzig besonders von Seiten der demokratischen Öffentlichkeit und der im August 1945 ge-

### Befehl

des Oberkommandierenden der Sowjetischen Militärverwaltung des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland

Nr. 12 15. Januar 1946

Betrifft: Wiederaufnahme des Studienbetriebs an der Universität Leipzig

Zum Zwecke der Ausbildung deutscher Kader höherer Qualifikation, die in der Praxis die demokratischen Prinzipien zu verwirklichen,

befehle ich:

1. Dem Gesuch des Präsidenten des Fördergebietes Sachsen ist zu entsprechen und ab 5. Januar 1946 ist der Studienbetrieb an der Universität Leipzig an folgenden Fakultäten wieder aufzunehmen:

der philosophischen, medizinischen, veterinär-medizinischen, der theologischen, finanz-wirtschaftlichen und juristischen.

2. Zur Leitung der Universität, Fakultäten, Institute, Lehrstühle sowie Vorlesungen und der Leitung von Seminaren sind keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP zugelassen.

3. Die Aufnahme ehemaliger Mitglieder der NSDAP sowie von Hitlerjugendführern und Aktivisten der Hitlerjugend in die Studentenschaft ist zu verbieten.

4. Die direkte Verantwortung für die Auswahl des Professorenkollegiums und die Aufnahme der Studenten ist dem Universitätsrektor zu übertragen.

5. Der Präsident der Verwaltung des Fördergebietes Sachsen hat die Liste der Personen, die von dem Universitätsrektor für die Besetzung der Ämter der Fakultätsdekanen, der Institutsdirektoren, der Leiter der Lehrstühle sowie der Professoren vorgeschlagen werden, zu prüfen und sie zusammen mit seinem Gutachten über die Deutsche Verwaltung für Volksbildung der sowjetischen Militärverwaltung zur Bestätigung vorzulegen.

6. Die Verantwortung für die rechtzeitige und genügende Finanzierung des verwaltungstechnischen Personals ist dem Präsidenten der Verwaltung des Fördergebietes Sachsen zu übertragen.

7. Der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung hat auszuarbeiten und bis zum 25. Januar 1946 der Abteilung für Volksbildung der Sowjetischen Militärverwaltung zur Bestätigung zu unterbreiten:

a) eine Liste der Spezialfächer für jede Fakultät mit Angabe des Profils der zu entlassenden Spezialisten;

b) das Aufnahmekontingent für jede Fakultät und jeden Lehrgang;

c) die Lehrpläne und Programme für jede Spezialität;

d) eine Liste der Kandidaturen, die von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung für die Ämter des Rektors, der Fakultätsdekanen und Institutsdirektoren empfohlen werden.

8. Der Leiter der Abteilung für Volksbildung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Genosse Solotuchin, hat zu prüfen und nach Billigung der kompetenten und interessierten Abteilungsleiter und Verwaltungen der Sowjetischen Militärverwaltung die in Absatz 5 und 7 dieses Befehles aufgeführten Unterlagen zu bestätigen.

9. Der Präsident der Verwaltung des Fördergebietes Sachsen hat auszuarbeiten und zum 25. Januar 1946 dem Leiter der Sowjetischen Militärverwaltung des Fördergebietes Sachsen zur Bestätigung vorzulegen:

a) eine Personalliste für das Professorenkollegium und das verwaltungstechnische Personal,

b) eine Personalliste der immatrikulierten Studenten.

10. Der Leiter der Verwaltung der Sowjetischen Militärverwaltung des Fördergebietes Sachsen hat:

a) die Liste der in Absatz 5 dieses Befehls aufgeführten Personen zu prüfen und sie mit einem Gutachten der Abteilung für Volksbildung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland anzustellen,

b) hinsichtlich der übrigen Kontingente die Personen zu bestätigen, die zur Arbeit zugelassen und in die Studentenschaft aufgenommen werden.

Der Stellvert. des Oberbefehlshabers der Sowj. Milit.-Verwalt. in Deutschland - der Stellvert. des Oberkommand. der Gruppe der Sowjet. Besatzungstruppen in Deutschland Armeegeneral: W. Sokolowski

Der Chef des Stabes der Sowjet. Milit.-Verwaltung in Deutschland Generalleutnant: M. Bratwin

Das Mitglied des Chefs der Sowjetischen Milit.-Verwaltung in Deutschland Generalleutnant: B. Bokov

gründeten KPD-Universitätsgruppe vielfältige Initiativen zur Förderung des Arbeiterstudiums ausgelöst wurden, befanden sich unter den im Frühjahr 1946 neuimmatrikulierten 767 Studenten nur 26 Arbeiter- und Bauernkinder. Diese Tatsache wies die Arbeiterklasse, ihre Partei und alle gesellschaftlichen Organisationen auf die Notwendigkeit hin, die Werbung von Arbeiterstudenten zu verstärken und die Bündnispolitik mit den aufbauwilligen Vertretern der alten Intelligenz auf einer breiten Basis auszubauen. Letzterer kam nach der notwendigen Entlassung von 76 Prozent des akademischen Personals und im Hinblick darauf, daß alle progressiven Kräfte von den faschistischen Gewalthabern aus den Universitäten vertrieben worden waren, besondere Bedeutung zu. Die Bündnispolitik mit den humanistisch eingestellten bürgerlichen Wissenschaftlern war eine wesentliche Voraussetzung für die Demokratisierung der Universität und die Zerschlagung des Einflusses der reaktionären Kräfte in der Universitätsleitung. Erschwerend für die Intelligenzpolitik der KPD bzw. SED wirkte sich in dieser Zeit noch die politische Labilität der Mehrheit der Intelligenz sowie die traditionelle Bindung vieler Wissenschaftler und Hochschullehrer an imperialistische Großunternehmen aus. Jedoch hatte die Schreckenszeit des „Tausendjährigen Reiches“ auch vielen humanistisch denkenden Angehörigen der Intelligenz die Augen geöffnet und ihnen ihre große Verantwortung für die demokratische Neugestaltung der Gesellschaft bewußt gemacht. In ihnen wuchs der Wille, ihr politisches Versagen in der Zeit des Faschismus wiedergutzumachen. So konnte Paul Wandel, der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, auf der 1. Zentralen Kulturtagung der KPD (3. bis 5. Februar 1946) feststellen: „... wir finden heute bei der alten Intelligenz eine... Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften und mit der Arbeiterbewegung.“ Durch ihre konstruktive, zukunftsweisende Arbeit an der Universität gelang es der SED, immer mehr parteilose Antifaschisten und Demokraten um sich zu scharen und sie - unterstützt speziell durch Prof. Puschnikow - zur Ausarbeitung neuer Lehrpläne, einer Neuorientierung der Forschung und dem demokratischen Neuaufbau der Universität heranzuziehen. Solche hervorragenden Vertreter der alten bürgerlichen Intelligenz wie Theodor Frings, Richard Arwed Pfeifer, Erwin Jacobi, Robert Schröder, Friedrich Weller, Max Bürger, Felix Burkhardt, Waldemar Ilberg, Otto Theodor Schulz traten aktiv für die Überwindung der faschistischen Ideologie bei den Studenten und Hochschullehrern ein.

Dennoch erkannte die SED frühzeitig, daß eine entschiedene, die Rückkehr des Weimarer Systems ausschließende Demokratisierung der Universität im Rahmen der traditionellen Fakultäten und gestützt auf die kleine Zahl der hier tätigen Kommunisten, Sozialdemokraten und kämpferischen Humanisten nicht so schnell wie geboten durchgesetzt werden konnte. Obwohl die Universitätsleitung unter Gadamer nicht mehr offen gegen demokratische Forderungen auftrat, gelang es ihr doch, einschneidende Maßnahmen zur Denokratisierung zu verhindern. Entsprechend der Devise des neuen Rektors, nur „zu operieren, was geopfert werden muß“, sabotierte die reaktionäre Führungsgruppe Litt-Gadamer-de Boer auch nach der Neueröffnung das Arbeiterstudium und die Wiedereinstellung emigrierter, von den Faschisten gemäßregelter Wissenschaftler. Um diesen antideokratischen Bestrebungen zu begegnen, initiierte die SED die Einrichtung der Vorstudienanstalt (1. März 1946), der Pädagogischen (Oktober 1946) und der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (15. Februar 1946).

### Auftakt für sozialistische Uni

Die Neueröffnung der Universität Leipzig am 5. Februar 1946 ordnete sich organisch in die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ein. Entgegen allen reaktionären Obstruktionen hatte die Offensive der um die KPD gescharten und von der SMAD tatkräftig unterstützten fortschrittlichen Kräfte dazu geführt, daß die Alma mater als neue, demokratische Lehr- und Forschungseinrichtung eröffnet wurde. Damit markierte die Neueröffnung einen wichtigen Schritt zur weiteren Zurückdrängung und Überwindung der reaktionären Kräfte an der Universität, zur Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs und zur festen Verankerung des Marxismus-Leninismus. Der 5. Februar 1946 bildete den Auftakt für die Entwicklung der Leipziger Universität zur Stätte sozialistischer Lehre und Forschung.

## Rezension: Hermann Duncker - Lehrer dreier Generationen

Günter Griep/Heinz Siegel: Hermann Duncker - Lehrer dreier Generationen. Ein Lebensbild, Verlag Tribüne, Berlin 1974, 221 Seiten und Dokumentenanhang, Broschur

ren Propagandisten, der ganze/Peri- den Zeit von 1874 bis zur Gründung der KPD, zwölf die Zeit der Weimarer Republik, des Faschismus und die Jahre bis zur Rückkehr Dunckers aus der Emigration im Mai 1947 (S. 60 bis 156) und die letzten fünf die Zeit seines Wirkens als Funktionär der SED bis zu seinem Tode im Jahre 1960 (S. 166-221). Im Anhang sind 17 Arbeiten Hermanns Dunckers veröffentlicht, von denen zehn der zwei-bändigen „Reden- und Schriftenausgabe „Einführungen in den Marxismus“ (Berlin 1939 und 1939) entnommen worden sind. Nach Celina Bobinska ist es die Aufgabe jedes verantwortungsbewußten Historiographen, stets die Quellen zu überprüfen, die jeweils benutzt worden sind.“ (Historiker und historische Wahrheit. Zu erkenntnistheoretischen Problemen der Geschichtswissenschaft, Berlin 1967, S. 93) Aus den Anmerkungen ist ersichtlich, daß die Verfasser neben den gedruckten vorliegenden Reden und Schriften Hermanns Dunckers sow-ohl

schwer zugänglich gedruckte Quellen (Berichte aus Bezirks- und Kreisbe-zetungen über Vorträge Dunckers als auch eine Vielzahl von gedruck-ten Quellen aus dem Zentralen Partei-archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus und aus der Hermann-Duncker-Gedenkstätte ausgewertet haben. Ihr Hauptverdienst besteht darin, daß in so-berlich mühevoller Arbeit über-haupt eine Duncker-Biographie ent-standen ist, die dazu anregt, sich mit dessen Arbeiten näher zu befassen - dazu trägt auch der Dokumenten-anhang bei - daß neue Quellen er-schlossen worden sind und daß auf Lücken in der Duncker-Forschung auf-merksam gemacht worden ist. So ist es unbedingt notwendig, die „Ein-führungen in den Marxismus“ nach Möglichkeit in der erweiterten Form neu aufzulegen, mit der Herausgabe der gesammelten Schriften und Reden bzw. der Briefe zu beginnen und wei-tere Einzeluntersuchungen vorzuneh-men, damit - eventuell aus Anlaß des 20. Todestages - eine zweite

Duncker-Biographie geschrieben wer-den kann. Das Buch ist für einen großen Leserkreis gedacht und enthält mannig-fache Stellen, aus denen das Feuer des Dunckerschen Geistes spricht. Das betrifft z. B. seine Ansichten über das „Kommunistische Manifest“ (S. 90 f., S. 163 f., S. 181 f., S. 205), über Sowjetrußland und die UdSSR (S. 96), über Karl Liebknecht, Franz Mehring und Rosa Luxemburg (S. 190), über die Einheit von Theorie und Praxis (S. 209 f.), über die Einheit der Arbeiterklasse (S. 155), über den Faschismus (S. 140) und den zweiten Weltkrieg (S. 159) oder über das Buch (S. 123) und das Studium (S. 185, 204). Die generelle Schwäche des Werkes resultiert aus der Kor-zipation der Autoren, die sicherlich mit mangelnden Vorarbeiten im Zu-sammenhang steht. Ohne eine allseitige Analyse der Reden und Schriften Dunckers muß seine Biographie frag-würdig bleiben. Die Arbeit der Ver-fasser bleibt über weite Strecken in der Faktographie stecken, ohne daß Entwicklungslinien sichtbar werden. So wird nachgewiesen, daß sich Dun-cker zu verschiedenen Zeiten seines Lebens intensiv dem „Kommunisti-schen Manifest“ zuwandte. Es bleibt aber völlig offen, welche Gedanken an der Geburtsurkunde des wissens-schaftlichen Kommunismus er zu welcher Zeit als besonders wertvoll empfand und welche neuen Erkennt-nisse er jeweils selbst gewann. Das trifft auch auf andere Themen zu, denen sich Duncker widmete. Beson-

ders der erste Teil des Buches kann a- wenigsten befriedigen, mutet er doch wie eine in fortlaufende Sätze gekleidete Chronik an. Es ist den Autoren auch nicht in jedem Falle gelungen, die richtige Verbindung zwischen dem Lebensbild Dunckers und der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu finden. Dafür einige Beispiele: Das, was über die Gründung der KPD gesagt worden ist, dürfte allgemein bekannt sein. Hingegen bleibt unklar, warum Duncker 1919 nach Dänemark emigrieren mußte (S. 63). Im Zusam-menhang mit dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hal-be man unbedingt auf die V. Tagung des Erweiterten EKKI und auf den Begriff „Bolschewisierung“ ein-gehen müssen. Der Bezug auf „Die deutsche Ideologie“ ist nicht richtig, da sie zwar 1897 geschrieben, aber noch nicht veröffentlicht (erst 1932 in Moskau verlag, S. 13). Die Verfasser weisen wiederholt auf die „schöne, bildreiche Sprache“ (S. 106) Hermann Dunckers hin. Leider sind sie auch in dieser Beziehung ihm nicht gerecht geworden. (So häufen sich Worte und Wendungen wie „auseinandersetzen“, „beachte zum Ausdruck“, „Schwer-punkte“, „durchsetzen“). Einige An-merkungen lassen letzte Sorgfalt ver-missen. Wird eine Auswahl von Do-kumenten vorgenommen, lassen man immer streiten, ob sie glück-lich war. Auf alle Fälle hätte man den im Text-teil mehrfach erwähnten „Marxchen-Lettfäden zum Geschichtstudium“ aufnehmen sollen. Günter Kalsch

„Ein Satz von Marx ist gemeinhin wichtiger und aufschlußreicher als zwanzig Sätze über ihn!“ (Hermann Duncker) Das Zentralkomitee der Sozialisti-schen Einheitspartei Deutschlands würdigte Hermann Duncker in einem Nachruf als Lehrer dreier Generati-onen der deutschen Arbeiterbewe-gung. „ertolt Bredt schrieb ihm als Widmung in ein Exemplar der „Käl-dergeschichte“: „Hermann Duncker, dem Lehrer, der Schüler Bredt.“ Er selbst nannte die Ver-mittlung der Lehren von Karl Marx sein Lebenswerk. Anlässlich des 100. Geburtstages die-sen bedeutenden Funktionärs der Ar-beiterklasse und Propagandisten ih-rer Weltanschauung erschien im Ver-lag „Tribüne“ eine Duncker-Biogra-phy, die den Anspruch erheben darf, die erste und damit bisher einzige zu sein. Das Werk von Annelies La-schitzka und Günter Radczun „Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deut-schen Arbeiterbewegung“ (Berlin 1973), die Biographie Karl Liebknechts von Heinz Wöhlgen (Ber-lin 1974) und die Vorarbeiten zu der ge-ten Biographie Ernst Thäl-manns sind ein weiterer Beweis da-für, daß der oft erhobene Vorwurf, die Historiker der DDR ständen der Biographie stiefmütterlich gegen-über, mehr und mehr an Berechti-gung verliert. Die Autoren der Duncker-Biographie haben sich - wie sie im Vorwort selbst mitteilen - das Ziel gestellt, das Erbe eines großen, revolutionä-